

Gemeinsame Pressemitteilung vom 11.01.06

erstellt in Abstimmung mit

**Frau Manuela Morath
Pressesprecherin
der Bezirksregierung Detmold**

Zu keinerlei Annäherung der Standpunkte bezüglich der Notwendigkeit zur Fortführung der Aktionsplanung für Bielefeld führte ein ca. zweistündiges Gespräch der Regierungspräsidentin in Detmold Frau Thomann-Stahl und der BürgerInneninitiative SICHERE Detmolder Straße am Dienstag, den 10. 01. 2005. Dieses Gespräch war aufgrund einer Bitte der Bürgerinitiative vom November 2005 zustande gekommen. Inhaltlich ging es vor allem um die Relevanz dreier Modellrechnungen für die Luftschadstoffbelastung an Bielefelder Straßen und die vorläufigen Schlussfolgerungen aus den derzeitigen Feinstaub-Messungen an der Stapenhorststrasse.

Die BürgerInneninitiative SICHERE Detmolder Straße ist der Auffassung, dass u.a. aufgrund des für den Ausbau der Detmolder Straße erstellten Luftschadstoffgutachtens sofortiger Handlungsbedarf besteht. Das Gutachten weist auf der Detmolder Straße für 2005 an bis zu 163 Tagen Überschreitungen der maximalen Tagesmittelwerte für Feinstaub PM10 aus. Gesetzlich zulässig ist seit 1.1.2005 die Überschreitung an maximal 35 Tagen/Jahr. Laut Aussagen von Gutachtern haben Modellrechnungen im Vergleich zu tatsächlichen Messungen eine Abweichung von plus-minus 10 bis 15 Prozent. Dazu müsste man allerdings an mehreren Standorten, über mehrere Jahre und vor allem in Straßenabschnitten mit engen Häuserschluchten messen. Diese Voraussetzungen treffen weder für den Standort der Messstelle an der B68 noch an der Stapenhorststrasse zu. Offensichtlich haben weder die Stadt Bielefeld als Auftraggeber der Gutachten noch die Bezirksregierung eine Veranlassung gesehen, die Diskrepanz zwischen den Modellrechnungen und der Messungen mit den Gutachtern abzuklären.

Trotz intensiver Diskussion zum geplanten Ausbau der Detmolder Straße gerade über das Luftschadstoffgutachten zum geplanten Ausbau der Detmolder Straße im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens, welches von der Bezirksregierung moderiert wurde, habe die Bezirksregierung laut Herrn Berkhan bis heute keine Indizien für eine Überschreitung der gesetzlichen Grenzwerte für Luftschadstoffe an Bielefelder Straßen.

Abteilungsdirektor Gernot Berghahn führte weiter aus, dass ein fachlicher Dialog über den Stellenwert der Modellrechnungen und die derzeitigen Standorte von Messstellen in Bielefeld von der Bezirksregierung nicht geführt werden könne. Dafür gebe es bei der Bezirksregierung keine Fachleute. Er führte aus, dass die Bezirksregierung eine Verwaltungsvollzugsbehörde sei. Wenn das Landesumweltamt als zuständige Fachbehörde das Signal zur Fortführung der Arbeiten an den Aktionsplänen gebe, werde die Bezirksregierung Detmold das unterbrochene Verfahren umgehend fortführen.

Auch die Bitte der BürgerInneninitiative SICHERE Detmolder Straße sich mit den Gutachtern und dem Landesumweltamt an einen Tisch zu setzen, um eine Klärung der Sachlage zu forcieren wurde von Seiten der Regierungspräsidentin abschlägig entschieden. Falls die BürgerInneninitiative SICHERE Detmolder Straße eine fachliche Klärung wolle, solle sie ein solches Gespräch mit dem Landesumweltamt selbst in Bielefeld initiieren.

Mit freundlichem Gruß für die

BürgerInneninitiative SICHERE Detmolder Straße in Abstimmung mit

Frau Manuela Morath, Pressesprecherin der Bezirksregierung Detmold

Martin Schmelz